

Pressemitteilung

Bundesländer-Ranking:

Einsatz gegen Hass im Netz im Ländervergleich: Nordrhein-Westfalen auf Platz 3 hinter Bayern und Berlin Campact veröffentlicht erste bundesweite Vergleichsstudie "KeinNetzfürHass"

Verden/Jena/Düsseldorf, 24. März 2021. In der ersten bundesweiten Vergleichsstudie der Maßnahmen, die die Bundesländer gegen Hass im Netz ergreifen, landet Nordrhein-Westfalen auf Platz 3. Die ersten beiden Plätze belegen Bayern und Berlin. Die Studie untersucht, wie die Bundesländer gegen Hasskriminalität im Internet vorgehen. Dafür wurden die Ministerien aller 16 Bundesländer zu bestehenden sowie geplanten Aktivitäten befragt. Die Studie "#KeinNetzfürHass" wurde im Auftrag der Demokratie-Stiftung Campact und der Amadeu Antonio Stiftung vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena durchgeführt. Berücksichtigt sind Maßnahmen bis Sommer 2020.

Victoria Gulde, Koordinatorin der Studie bei Campact: "Nordrhein-Westfalen steht an dritter Stelle im Ranking. Doch um eine echte Vorreiterrolle zu übernehmen, muss die Landesregierung die Menschen im bevölkerungsreichsten Bundesland noch besser vor Hass und Hetze schützen - zum Beispiel durch die Unterstützung von Beratungsstellen."

Bei Anzeigen und polizeilichen Ermittlungen liegt NRW im Vergleich der Bundesländer ganz vorn. So suchten die Ermittlungsbehörden nicht nur eigenständig nach Offizialdelikten im Internet, sondern böten auch die Möglichkeit, online und anonym Anzeige zu erstatten. Im Bildungsbereich ist Nordrhein-Westfalen ebenfalls gut aufgestellt. Die Landesregierung hat Fortbildungen für Fachkräfte, Angebote für Kinder und Jugendliche gegen Hass im Netz ebenso im Programm wie Kampagnen gegen Hate Speech, wie etwa die Initiative "Verfolgen statt nur Löschen". Auch vielfältige Forschung zu Online-Hass wird gefördert. Darüber hinaus hebt die Studie hervor, dass es spezialisierte Strukturen zur Strafverfolgung und schwerpunktmäßig mit Hate Speech-Fällen betraute Staatsanwältinnen und Staatsanwälte gibt.

Trotzdem bleibt Nordrhein-Westfalen bei der juristischen Bearbeitung von Hass im Netz deutlich hinter Bayern und Berlin zurück. Auch die Opferberatung könnte besser aufgestellt sein, so die Studie: Eine entsprechend zugeschnittene Beratung wurde vom Land nicht gefördert. Die Beratungsstelle für Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erhielt keine zusätzlichen Landesmittel für Betroffene von Hate Speech.

Matthias Quent, Direktor des IDZ in Jena: "Die durchgeführte Studie zeigt, dass überall in Deutschland neue Strukturen zur Bekämpfung von Hate Speech entstehen. Sie belegt aber auch, dass viele Länder im Kampf gegen Hass im Netz erst am Anfang stehen - es bleibt viel zu tun."

Weitere Informationen für Redaktionen:

Gesamte Studie zum Download:

<https://www.campact.de/hate-speech/bundeslaender-ranking/>.

Die Übersichtskarte mit dem Länderranking finden Sie auf Seite 12.

Zur Studie verschicken wir jeweils Bundesland-Varianten dieser Presseinformation an die jeweiligen Redaktionen. Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen. Basis ist immer die Studie "#KeinNetzFürHass." Hessen hat den Fragebogen nicht beantwortet. Stichtag war der 30. Juni 2020.

Pressekontakt:

Clara Koschies, Pressestelle Campact e.V., presse@campact.de, Tel. 0171 - 4890455

Victoria Gulde, Koordinatorin der Studie, gulde@campact.de, Tel. 0151 - 11167935